

Solidarisch gegen die Pandemie

Die unterzeichnenden BezirksrätlInnen von LINKS-KPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 14.12.2021 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten spricht sich für Solidarität im Kampf gegen das Coronavirus, gegen Faschismus und Antisemitismus aus.

Begründung

Seit Monaten begleitet uns das selbe Schauspiel: Tausende Antisemit:innen, Verschwörungsgläubige, Corona-Leugner:innen, christliche Fundamentalist:innen, esoterische Halb-Faschist:innen und ihre Mitläufer:innen nehmen mit ihren Demonstrationen die Wiener Innenstadt in Beschlag, um gesellschaftliche Ressentiments in Form von konformistischen „Corona-Rebell:innen“ auf die Straße zu tragen. Weitgehend unbehelligt von der Polizei werden Journalist:innen angegriffen, Menschen rassistisch bedroht und die Jüdische Gemeinde muss ihre Mitglieder aufgrund der Bedrohungslage auffordern, zu Hause zu bleiben. Auch beim vorletzten Aufmarsch gab es dokumentierte antisemitische und rassistische Übergriffe und die extreme Rechte setzte sich wiederholt an die Spitze der Mobilisierungen: Über Stunden hinweg führten neofaschistische Identitäre den Demozug, zu dem die FPÖ aufgerufen hatte, mit ihren Bannern an. Ihnen ist es ein willkommener Anlass, um Propaganda für ihre menschenverachtenden Zwecke zu machen. Eine Strategie, die leider aufzugehen scheint. Denn auf Widerspruch stoßen sie bei den mitmarschierenden Massen dabei nicht. Ganz im Gegenteil. Das häufig ins Feld geführte Argument, beim Großteil der Teilnehmenden handle es sich doch um „ganz normale Leute“ vergisst, dass es die kapitalistische Normalität ist, aus der heraus sich rechtsextremes Gedankengut entwickelt und verbreitet. Weder ist ein "normales Aussehen" ein Ausschlussgrund für rechtsextreme Einstellungen, noch sind diese nur bei ausgemachten Nazis zu finden.

Ideologien wie Nationalismus, Rassismus oder Antisemitismus sind weit in der Gesellschaft verbreitet und tief in ihr verankert. Sie können als teils paranoide Verarbeitungsformen der Widersprüche und Krisen des Kapitalismus verstanden werden. Sie begründen das Recht auf gesellschaftliche Teilhabe durch den Ausschluss der Anderen, projizieren Ängste und liefern Feindbilder, wer für das in der Gesellschaft erfahrbare Leid schuld hat.

Was sich an diesen Demonstrationen zusammenbraut ist brandgefährlich und das nicht nur im Zusammenhang mit den zahlreichen Waffenfunden bei Neonazis und einer FPÖ, die sich nun vermehrt „außerparlamentarischen Aktivitäten“ gegen „Volksverräter“ widmen will, wie Michael Schnedlitz, der Generalsekretär der FPÖ bei der letzten Demonstration wissen ließ. Denn bei diesen Demonstrationen werden rechtsextreme Ideologien und antisemitische Ressentiments massenhaft normalisiert. Was die Langzeitfolgen dieser Entwicklungen sind, lässt sich nur erahnen. Aus einer emanzipatorischen Perspektive können sie aber nur als akute Bedrohung verstanden werden.

Für LINKS-KPÖ Margareten


BR DI Wolf-Goetz Jurjans
Klubvorsitzender

BRin Leonie Volonte